

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1926**

199 (30.4.1926) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 M., im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,40 M. Durch die Post monatlich 2,60 M. zuzüglich 75 c. Zustellgeb. Einzelpreise: Wochenschrift 10 c., Sonntagsnummer 15 c. — Im Fall überhöhter Gewalt hat der Bezugsnehmer keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-erschienen der Zeitung. Abbestellungen können nur innerhalb bis zum 25. auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 10spaltige Kopfzeile 0,32, auswärts 0,40 Goldm. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Restanten: Seite 1,50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabatte, der bei Nichterhaltung des Bieles, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfiskation außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreiteste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Freitag, den 30. April 1926.

Eigentum und Verlag von: :: Ferdinand Thiessgarten ::  
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider.  
Vereinsleiter: Dr. Walter Schneider.  
Redaktions- und Verlagsamt: für badische Politik: Dr. Salinger; für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Bringer; für auswärtige Politik: H. Kimmig; für Lokal- und Sport: H. Weberauer; für Kommunalpolitik: S. Binder; für das Reich: Emil Belsner; für Ober- und Konzepte: Chr. Herrle; für Handelsnachrichten: F. Heib; für die Anzeigen: H. Rindfleisch; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Vietger. Fernsprechnr.: 4050 4051 4052 4053 4054. Geschäftsstelle: Mittel- und Lammstraße 20. Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8553. Beilagen: Welt und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Vereinszeitung.

## Reichstag und Fürstenabfindung.

### Annahme des Duellgesetzes.

Neue Ueberweisung des Entlehnungsgesetzes an den Rechtsausschuss? — Verschiebung der Entscheidung. — Der Ruf nach Führung.

Berlin, 29. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag hat am Donnerstag mit beachtenswerter Beschleunigung das neue Anti-Duellgesetz vorzeitig durch den Ausschuss gegutet und nachmittags nach kurzer Debatte, die von links her einige überflüssige Angriffe gegen den Reichspräsidenten brachte, in zweiter und dritter Lesung endgültig verabschiedet. Eine war hier auch notwendig, weil bis zum 1. Mai das Gesetz bekanntlich in Kraft treten muß. Auch das Zentrum hat seinen Widerstand aufgegeben und sich damit einverstanden erklärt, daß Offiziere und Beamte wegen eines Duells wohl verabschiedet werden können, aber nicht verurteilt werden müssen. Dagegen ist der Streit um die Fürsteneinteilung nicht einen Schritt weitergekommen. Die erste Lesung wurde künstlich in die Länge gezogen und da Donnerstags gewohnheitsmäßig der Spätnachmittag für Fraktionsführungen freigegeben werden soll — auf den Freitag verlagert. Einzelne Parteien geben aber die Hoffnung auf eine Lösung nicht auf. Das Zentrum hat seinen neuen Antrag heute im Reichstag eingebracht, der im wesentlichen ja nichts weiter bedeutet, als eine Umwidmung der Kompromißvorläufe der Regierungsparteien, nur mit dem Unterschied, daß alle Streitfragen einer künftigen Regelung durch ein einfaches Reichsgesetz vorbehalten bleiben. Die übrigen Parteien wollen indessen dem Zentrum auf diesem Wege nicht folgen, weil sie sich von einem solchen Umgehen der Verfassung nicht verabschieden können. Kommt es also zur Abstimmung, dann wird mit dem sozialdemokratisch-kommunistischen Entlehnungsantrag auch der Zusatzantrag des Zentrums, ebenso wie der der Demokraten fallen.

Das Zentrum hat nunmehr den Wunsch nach einer neuen Kommissionsberatung ausgesprochen, und da nach altem Brauche auf die Wünsche der großen Fraktionen Rücksicht genommen wird, verschieben sich voraussichtlich die bisherigen Dispositionen insofern als am Freitag die Entscheidung noch nicht fällt. Denn mit dem Zentrumsantrag würde auch der sozialdemokratisch-kommunistische Entlehnungsantrag an den Ausschuss gehen, also nicht, wie man bisher annahm, vom Plenum abgelehnt werden. Was damit aber — außer Zeit — gewonnen werden soll, ist nicht einzusehen. Der Rechtsausschuss wird sich vermutlich ebenso verhalten, wie er das bisher immer getan hat. Das ganze Zwischenstück läuft also nur darauf hinaus, die Entwicklung um eine Woche zu verschieben. Die Regierung hält vorläufig daran fest, daß sie abwarten will. Der Kanzler ist aber durch eine Mitteilung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei unterrichtet worden, daß nicht die Volkspartei allein, sondern auch die übrigen Regierungsparteien von ihm jetzt endlich eine Initiative erwarten, und insofern könnte, wenn das Kabinett auf Grund dieser Mitteilung zu einem Ergebnis kommt, die Hinausschiebung der zweiten Lesung bis zur nächsten Woche in der Tat eine Veränderung des politischen Bildes ergeben. Nicht formell, aber doch sachlich, wenn die Regierung sich dazu entschließt, nicht einfach abzuwarten, was bei dem Volksentscheid herauskommt, sondern durch kräftiges Ergreifen der Zügel das Ergebnis des Volksentscheids zu beeinflussen.

(Regl. Sitzungsbericht auf Seite 2.)

### Der Konflikt zwischen Reichstag und Reichsrat.

Berlin, 29. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Zwischen dem Reichstag und dem Reichsrat besteht seit fast dreiviertel Jahren ein staatsrechtlicher Konflikt, der seine Lösung nicht finden will. Am 14. Juli vorigen Jahres hatte der Reichstag einen Beschluß zugunsten der Sozialrentenverpflichtung, der eine Mehrbelastung von etwa zweihundert Millionen bedeutet. Dagegen erhob vierzehn Tage später der Reichsrat Einspruch, weil die Aufbringung dieser Mittel für die Länder ohne Neuregelung des Finanzausgleichs nicht möglich sei. Ueber diesen Einspruch hat der Reichstag verfassungsmäßig in der letzten Sitzung vor den Sommerferien beraten und seinen früheren Beschluß mit mehr als Zweidrittelmehrheit aufrechterhalten. Der Reichsrat hat aber die Reichsregierung ersucht, das Gesetz nicht zu verkünden, weil der Reichstag in überstürzter Weise abgestimmt habe, ohne die Motive des Reichsrates zu hören. Darüber hat es ein langes Hin und Her im Geschäftsausschuss des Reichstages gegeben, der den Beschluß des Plenums verteidigt. Der Reichsrat ließ aber nicht locker. Er erzwang noch eine weitere Besprechung vor dem Geschäftsausschuss, der indessen auch im März dieses Jahres mit fünfzehn zu acht Stimmen das Verfahren des Plenums für ordnungsmäßig hielt.

Inzwischen hat aber die Reichsregierung von sich aus eingegriffen und im Wege einer Verordnung die Bedürfnisse der Rentner zu befriedigen versucht. Diese Verordnung hat auch die Zustimmung des Reichsrates gefunden. Der sozialpolitische Ausschuss hat am Donnerstag erneut darüber diese Angelegenheit beraten, wobei beachtenswerterweise gerade Zentrum und Demokraten für ein Kompromiß mit dem Reichsrat eintraten, während Sozialdemokraten und Kommunisten das eine schwächliche Nachgebiegen nannten. Da nun das Reichsfinanzministerium erklärt, daß die zweihundert Millionen, die nach dem Reichstagsbeschluß erforderlich wären, überhaupt nicht zur Verfügung stehen, ist die Mehrheit für einen billigen Frieden mit dem Reichsrat. Der Reichsrat hat es leider nicht für notwendig gehalten, trotz offizieller Einladung sich am Donnerstag im Ausschuss vertreten zu lassen. Es wurde deshalb beschlossen, auf dem Umweg über das Reichsfinanzministerium den Reichsrat noch einmal zu laden und dann in der nächsten Sitzung abzustimmen.

### Dr. Marx Nachfolger Fehrenbachs.

Baldiger Rücktritt vom Justizministerium.

Berlin, 29. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Zentrumsfraktion hat am Donnerstag nachmittag die Neuwahl ihres Fraktionsvorsitzenden an Stelle des verstorbenen Fehrenbach vorgenommen. Sie hat das einigermassen überraschende Resultat ergeben, daß der Justizminister Marx einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde, während als Stellvertreter mit gleichen Rechten Herr v. Guérard und Egerterwald gewählt wurden. Die Ernennung zum Fraktionsvorsitzenden macht für Marx den Rücktritt vom Justizministerium notwendig, da er beide Posten nebeneinander nicht verwalteten kann. Die Fraktion hat gleichzeitig beschlossen, daß der Zeitpunkt, an dem Herr Marx vom Justizministerium zurücktritt und die Führung der Fraktion übernimmt, offen bleiben soll. Zu seinem Nachfolger als Minister ist der frühere Kolonialminister Bell in Aussicht genommen, der dann wieder von seiner Stellung als Vizepräsident im Reichstag zurücktreten müßte und hier durch den Abg. Esser ersetzt werden soll.

## Die Verhandlungen von Doudja.

### Um die Rif-Autonomie.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die heutige Vormittagsitzung in Doudja dauerte von 10-12.30. Sie wurde zweimal unterbrochen, da die Rifdelegierten untereinander beraten wollten. Eine neue Sitzung begann um 6 Uhr abends. Abd el Krims Vertreter legten ihre Einwendungen gegen die französisch-spanischen Vorschläge bezüglich der Rif-Autonomie dar. In den ersten Nachmittagsstunden berieten die Spanier und Franzosen untereinander. Der Eindruck, den die heutigen Bedingungen der Riffrente hervorgerufen, ist ungünstig. Vorläufig beendeten sie aber nicht die Arbeit, Doudja zu verlassen. Franzosen und Spanier verlangen bis übermorgen eine bestimmte Antwort auf ihre Vorschläge, deren Hauptpunkte angenommen werden müssen. — Der französische Delegierte Major Duclois ist erkrankt und soll durch den Obersten Guot ersetzt werden.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Offiziös wird aus Marokko mitgeteilt, daß die Vorwärtsbewegung der französischen Truppen südlich des Ouedhafusses nunmehr beendet sei. Während des Winters konnte diese Operation nicht durchgeführt werden: nunmehr aber ist das ganze Ouedhaf unter von den französischen Truppen besetzt. Auf diese Weise sind mehr als dreißigtausend Familien von jeder Verührung mit den Anhängern Abd el Krims abgeschnitten.

### Eine Einladung Doumergues nach London.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, erhielt eine Einladung, dem König von England im Monat Juni einen Besuch abzustatten. Doumergue antwortete heute abend, daß er diese Einladung annehme. Auf der Reise nach London wird er vom französischen Ministerpräsidenten begleitet sein. Doumergue wird im Buckingham-Palais wohnen. Er wird am 22. Juni in London eintreffen und dort bis zum 25. Juni verbleiben. Am 26. Juni wird der König von England ein offizielles Diner veranstalten, bei dem Trinksprüche ausgetauscht werden. Weitere Einzelheiten über den Besuch werden später bekanntgegeben werden. Die Reise Doumergues nach London hat zweifellos große politische Tragweite.

## Die angebliche alliierte Demarche.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Mitteilung eines einzigen Morgenblatts, daß das französische Außenministerium eine schriftliche Anfrage nach Berlin mit der Bitte um schriftliche Beantwortung gerichtet habe, bestätigt sich nicht. Vorläufig fand nur ein Gedankenaustausch über den deutsch-russischen Vertrag zwischen den alliierten Mächten statt, und erst wenn dieser beendet sein wird, soll ein von allen alliierten Kanzleien ausgearbeiteter Fragebogen nach Berlin gesandt werden. Man beschäftigt in Paris, der Reichsregierung bestimmte Fragen vorzulegen, die sich auf die Auslegung des deutsch-russischen Vertrags beziehen, vor allem auf das Verhalten Deutschlands gegenüber Rußland vor und nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Es kann nachdrücklich versichert werden, daß die Aufregung, die sich in einigen Pariser Blättern wegen des deutsch-russischen Vertrages kundgibt, im französischen Außenministerium nicht geteilt wird.

### Handwerk und Aufwertung.

F.H. Berlin, 29. April. Zu dem von Interessensverbänden zurzeit betriebenen Volksbegehren, womit eine Abänderung der Aufwertungsgesetze vom 16. Juli 1925 verlangt wird, haben die Vorstände des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks in ihrer letzten Sitzung eingehend Stellung genommen. Die Vorstände der Spitzenverbände des Handwerks sind übereinstimmend der Ansicht, daß die ganze Angelegenheit mit dem größten Ernst zu behandeln sei. Insbesondere müßte die Aufwertungsfrage wegen ihrer außerordentlichen wirtschaftlichen Bedeutung für die Handwerkerbetriebe in der ersten Reihe der gemeinsamen Verhandlungen stehen. Die Spitzenverbände des Handwerks richten daher an alle Handwerksorganisationen das dringende Ersuchen, nach Möglichkeit ausflüßend zu wirken, damit nicht durch die Betreibung des Volksbegehrens eine neue schwere Erschütterung in die deutsche Wirtschaft hineintragen werde, der die Wirtschaft nicht mehr gewachsen sein würde. Von den gesetzgebenden Faktoren erwarten die Spitzenverbände des Handwerks, daß sie dem Begehren nach einer Abänderung der Aufwertungsgesetze mit aller Bestimmtheit entgegenstehen.

## Die vorbereitende Wirtschaftskonferenz.

Ueberfülle der Probleme. — Hinausschiebung der endgültigen Konferenz? (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Dr. W. Sch. Genf, 29. April.

Mit der Möglichkeit, die Generalversammlung der internationalen Wirtschaftskonferenz noch in diesem Jahr einzuberufen, rechnet jetzt hier kein Mensch mehr. Die Kommissionen sind sich jetzt darüber klar geworden, daß es angesichts der vollkommen fehlenden Vorbereitung durch das Völkerbundssekretariat, in Ermangelung ausreichender Unterlagen und angesichts der Fülle des Stoffes bei der diesmaligen Zusammenkunft überhaupt nicht möglich sein wird, irgendwelche materiellen Verhandlungen einzuleiten. Es kann sich diesmal nur darum handeln, die Methodik der Beratungen, die sich in verschiedenen Abteilungen über den ganzen Sommer und länger hinzuziehen werden, zu klären.

### Der Ausschuss für die internationalen Handelsfragen

hat heute eine Klassifikation seiner Aufgaben in Form eines Fragebogens vorgenommen, der beinahe eine Broschüre darstellt und über 100 Fragen enthält, die der Klärung durch einzelne Beauftragte der Kommissionen und durch besondere Sachverständige entgegengeführt werden sollen. Die einzelnen Mitglieder der Kommissionen sollen bis zum Wiederzusammentritt, der auf Juni vorgezogen ist, ihre besonderen Hilfsmittel, die Beziehungen zu ihren Regierungen und zu ihren Verbänden — beispielsweise die deutschen Vertreter die Möglichkeiten des Statistischen Reichsamtes, des Reichsverbands der Deutschen Industrie und des Industries und Handels-tags, der Gewerkschaften — zum Zweck der Materialbeschaffung und der Einholung von gutachtlichen Stellungnahmen ausnützen. Auf der dadurch gewonnenen Grundlage soll dann der Versuch der Feststellung gemacht werden, wie weit die in der Genfer Konferenz vereinigten wirtschaftlichen Sachverständigen der Welt zu so etwas wie einer „gemeinsamen Meinung in wirtschaftlichen Fragen“ gelangen können, die dann von der Hauptkonferenz als Unterlage zu Empfehlungen an die Regierungen dienen oder zu internationalen Abmachungen verdichtet werden soll.

Der Fragebogen des Ausschusses für internationale Handelsfragen beschäftigt sich mit den Schwankungen der Ein- und Ausfuhr, mit den Verkaufs- und Einkaufsmonopolen, mit den staatlichen Eingriffen der verschiedenen Art in die innere Wirtschaftspolitik. Eine zweite Gruppe der Aufgaben und zu klärenden Fragen bezieht sich auf die Tarife. Hier steht im Vordergrund die Prüfung einer einheitlichen Nomenklatur unter Berücksichtigung der Wertprobleme und der nationalen Herkunft, ferner eine Unteruchung über Nachteile und Vorteile der spezifischen Tarife und der Tarife ad valorem. Den grundsätzlichen Problemen der Schutzpolitik sind zehn Fragen gewidmet, auf die im einzelnen noch einzugehen sein wird. Die Forderung nach Stetigkeit der Tarife wird einer weiteren Prüfung vorbehalten. Hinsichtlich der Handelsverträge sollen Untersuchungen über die Wirkung des Totaltarifs, der Meißbegünstigungs-klausel und der verbundenen Systeme angestellt werden. Einzelne Untersuchungen über direkte und indirekte Subsidien, über privates und staatliches Dumping, über die Hindernisse für den internationalen Handel infolge von künstlicher Verteilung der Rohstoffe, über unzulässige Konsummaßnahmen im internationalen Verkehr, über Transportprobleme, die Verschwendung der Transportpreise und einige Einzelfragen vervollständigen das Programm.

In ähnlicher Weise haben die Kommissionen für Landwirtschaftliche Fragen und für die Produktionsprobleme ihre Aufgaben eingeteilt. Man ersieht aus diesem Arbeitsprogramm wie ungeheuerlich die Aufgabe ist, die die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz sich selbst und ihrer Nachfolgerin, der Hauptkonferenz, stellen wird.

### Die Abrüstungskonferenz.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Eröffnung der Genfer Abrüstungsbekundungen bleibt weiterhin für den 17. Mai angesetzt. Zu französischen Vertretern wurde heute ernannt der Abg. Paul Boncour, der hiesige Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Graf Clauzel und Oberst Requin. Die Instruktionen für diese französischen Delegierten wurden in der am 22. April stattgefundenen Sitzung des Obersten Rates der nationalen Verteidigung ausgearbeitet. Oberst Requin wird sich in den nächsten Tagen nach London begeben, um mit den englischen Delegierten zu konferieren.

Ueber die Instruktionen der Franzosen kann ihr Korrespondent mitteilen, daß diese darauf bestehen werden, daß zunächst die Sicherheit aller Staaten garantiert werden müsse und daß dann erst die Abrüstung erfolgen könne. Ferner werden die Franzosen verlangen, daß die teilweise Herabsetzung der Rüstungen gleichzeitig zu Lande, zur See und in der Luft erfolgen müsse und daß auch auf die geographische und wirtschaftliche Lage der einzelnen Staaten Rücksicht genommen werden müsse.

### Ministerrat in Paris.

F.H. Paris, 29. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand im Außenministerium ein Ministerrat stattgefunden. Der Ministerpräsident machte dem Rat Mitteilungen über Angelegenheiten der Außenpolitik und besonders über den Stand der Verhandlungen in Marokko. Der Minister für öffentliche Arbeiten berichtete über die Organisation des Dienstes für die Naturallieferungen und über die Notwendigkeit eines Programms für ihre Aufbarmachung.

Ueber das Programm läßt sich sagen: Die französischen Wasserkräfte sollen in großem Umfang ausgebaut werden. Der zweite Teil des Projekts bezieht sich auf die Verbesserung der französischen Häfen und der Schiffsfahrtsstraßen, sowie auf die Verbesserung der Eisenbahnanlagen. Für alle diese Dinge soll Deutschland Naturallieferungen zur Verfügung stellen.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung.

Am Regierungstisch Innenminister Dr. Kütz, Justizminister Dr. Marx.

Präsident Vöbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bestrafung des Zweikampfes.

Danach kann neben einer wegen Duellvergehens verhängten Strafe auf Verlust der balleidenden öffentlichen Ämter und bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden.

Abg. Dr. Borch (D.N.) empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses, der der Vorlage mit zehn gegen acht Stimmen zugestimmt hat, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Landsberg (Soz.) hält die Mißvorschrift in allen Fällen für erforderlich. Die Regierungsvorlage bedeuete einen Sieg der Duellanhänger.

Abg. Graf v. Merveldt (D.N.) erklärt, daß seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimme.

Die Abga. Dr. Haas Baden (Dem.) und Dr. Pfleger (B.V.P.) äußern erhebliche Bedenken gegen die Milderung des Reichstagsbeschlusses.

Abg. Rosenbergl (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ab und behauptet, daß das politische Ansehen des Reichspräsidenten durch die Verweigerung seiner Unterschrift gestiegen habe.

Reichsjustizminister Dr. Marx legt gegen diese Behauptung entschieden Verwahrung ein. Der Reichspräsident habe nach seinem Gewissen und nach seiner Überzeugung gehandelt.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Enteignung der Fürstentümer

Abg. Seenger (Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Gegner des Enteignungsgesetzes, u. a. auch gegen den Innenminister Kütz, dessen gute Ratsschlüsse er ablehne.

Der Reichspräsident habe nach seinem Gewissen und nach seiner Überzeugung gehandelt. Er sei der Überzeugung, daß das Gesetz nicht verfassungsmäßig zu Stande gekommen sei.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Schöpferische Mitreisende.

Von Michael Gesell.

Mein Caplak in der Straßenbahn gestattet mir, wissenschaftlich zu arbeiten. Ich sehe die Uhr und kontrolliere mit dem Sekundenzeiger. Es stellt sich heraus, daß der Mitreisende schräg gegenüber alle fünfundsiebzig Sekunden hustet.

Ich habe eine Vision. Mein Auge verändert sich zu einem Mikroskop. Ich sehe, wie Millionen und Abermillionen Bazillentiere aus dem toten Schlund hervorbrechen, ein Strahl, der sich fontänenhaft verbreitet, vom endigen Lutsing des Absteigs erfährt und in Schwaden verteilt wird.

Man wünschte allen Mitreisenden diese Vision, für einen Augenblick diese Fähigkeit des Schauens, die sie so leicht in jedem Kulturfilm sich zu eigen machen.

Man wünschte allen Mitreisenden diese Vision, für einen Augenblick diese Fähigkeit des Schauens, die sie so leicht in jedem Kulturfilm sich zu eigen machen.

Man wünschte allen Mitreisenden diese Vision, für einen Augenblick diese Fähigkeit des Schauens, die sie so leicht in jedem Kulturfilm sich zu eigen machen.

Man wünschte allen Mitreisenden diese Vision, für einen Augenblick diese Fähigkeit des Schauens, die sie so leicht in jedem Kulturfilm sich zu eigen machen.

Man wünschte allen Mitreisenden diese Vision, für einen Augenblick diese Fähigkeit des Schauens, die sie so leicht in jedem Kulturfilm sich zu eigen machen.

Der Präsident gibt bekannt, daß der neue Kompromißantrag des Zentrums und der demokratische Antrag auf angemessene Abfindung der Fürsten eingegangen sind, und daß Zentrum und Demokraten zugleich beantragen, beide Anträge dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) legt Verwahrung ein gegen die Berunglimpfungen der Fürstentümer, besonders der Hohenzollern. Ein Volk, das seine Vergangenheit nicht ehre, sei seiner Zukunft nicht wert.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Beschlüsse des Reichsrats.

Berlin, 29. April. Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Vollsitzung einen Gesetzentwurf an, der die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses, jedoch nur mit Zustimmung des Reichstages, Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten auf die vorläufige Dauer von drei Monaten in Kraft zu setzen.

Abg. v. Guedard (Ztr.) erklärt, daß die Regierungsvorlage bedeute einen Sieg der Duellanhänger.

Die Abga. Dr. Haas Baden (Dem.) und Dr. Pfleger (B.V.P.) äußern erhebliche Bedenken gegen die Milderung des Reichstagsbeschlusses.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Württemb. und einige Zentrumsmittglieder.

Der Prozeß gegen Spritweber.

II. Berlin, 29. April. Im Spritschieberprozeß wurde heute zunächst Oberzolllinsektor Reinde als Zeuge vernommen. Er erklärte, er könne keine Aussage, die er seinerzeit vor dem unter suchenden Beamten gemacht habe, nicht aufrecht erhalten.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Es kam dann der Fall Stahn zur Sprache, in dessen Firma Peters mehrere Tausend Liter Spirit beschlagnahmt ließ.

Die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

II. Bochum, 29. April. Im Parkhaus fand heute nachmittag eine große Kundgebung des westfälischen Bauernvereins, Bezirksverband Südwestgebiet, in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Dr. Haslinder, sowie zahlreicher Vertreter der Behörden statt.

In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Dickmann, Gladbeck auf die Notlage der Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinder wies dann in längerer Ausführungen auf die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft hin.

Der Kuitischerprozeß.

II. Berlin, 29. April. Heute kam im Kuitischerprozeß zunächst wieder der Scheinverkauf des Hanauer Lagers an die rumänische Regierung zur Sprache.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Angeklagte Daniel behauptet, daß mit seinen Aussagen Mißbrauch getrieben worden sei.

Der Hemmersdorfer Mühlenbrand.

II. Götting, 29. April. Im Prozeß in dem Hemmersdorfer Mühlenbrand sollte heute nachmittag das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Jaffe ist auf Kosten der Staatskasse freizusprechen, da ein unmittelbarer Beweis für seine Täterschaft nicht erbracht und ebenso ein glaubwürdiges Motiv nicht zu finden ist.

Das Urteil wurde nach einer einstündigen Verhandlung gefällt.

Tages-Anzeiger.

Landestheater: Der Meister (Katholik Eugen Klöpfer), 7½-10½ Uhr. Wiener Operette: Täglich Kabarettvorstellung, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

Kaffeehäuser: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr. Wagner-Festspiele: Täglich Konzert mit sämtl. Darbietungen, 8 Uhr.

# Der Voranschlag des Ministeriums des Innern.

## Eine interessante Sitzung im Haushaltsausschuss des Landtags.

Oberheimatkreise und Anliegergemeinden.

Die Beratungen des Haushaltsausschusses des Badischen Landtags wurden am Donnerstag vormittag mit der erneuten Behandlung des Gesuchs des Gemeindevorstandes Oberheimatkreise wegen der Konzessionserteilung für die Kraftwerke Redingen, Dogern und Niederschwarzstadt begonnen. Das Gesuch des Gemeindevorstandes will den Badischen Landtag ersucht wissen, dafür Sorge zu tragen, daß die Erteilung der Konzession durch eine freie Entscheidung des Bezirksrats im wesentlichen erfolgen soll, d. h. also, daß hierbei die übergeordnete Instanz des Finanzministeriums nicht mitwirkt, da dieses zu gleicher Zeit Vertreter der Elektrizitätsinteressen des Landes, des Badenwertes, sei. Weiterhin geht der Wunsch dieser Gemeinden dahin, an den Unternehmen durch einen Kapitalanteil beteiligt und als Anliegergemeinden durch Lieferung von verbilligtem Strom bevorzugt zu werden.

Der Vertreter der Regierung führte hierzu aus, daß das Versorgungsgebiet am Oberheimatkreise bereits aufgestellt sei, jedoch die neu zu errichtenden Werke keine Möglichkeit hatten, sich ein eigenes Stromerzeugungsnetz zu schaffen. Damit seien sie für den Verkauf ihres Stromes auf die Besitzer bereits bestehender Stromnetze bezogen. Die Großunternehmer als Großabnehmer angewiesen. So seien die voraussichtlichen Erbauer des Kraftwerkes Niederschwarzstadt zugleich die Stromabnehmer dieses Werkes. 50 v. H. des Kapitals werde in Schweizer Besitz und 50 v. H. in badischer Hand bleiben, von denen wieder die Hälfte im Besitz der öffentlichen Hand sei. Da die Beteiligung an diesen Werken auch mit Lasten und Pflichten verbunden sei, komme eine Kapitalbeteiligung der Gemeinde an dem Werke in Niederschwarzstadt nicht in Frage. Ob eine solche Beteiligung bei Redingen und Dogern möglich sein werde, für die vorerst nur die Konzessionäre, nicht aber auch die über das nötige Kapital verfügenden Unternehmer vorhanden seien, hänge von den Bedingungen ab, unter denen für die Erbauung der Werke Geldgeber gefunden werden könnten. Die Möglichkeit der Abgabe von verbilligtem Strom an die Anliegergemeinden durch das Badenwert bestehe nicht, da das Badenwert am Oberheimatkreise kein Stromnetz besitze. Der Vorwurf, daß der Staat Richter in eigener Sache sei und hopeitliche Aufgaben mit fiskalischen Interessen verquide, sei unrichtig. Es sei auch nicht möglich, die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Staates etwa durch das eine Ministerium und die hoheitrechtlichen Aufgaben durch ein anderes erledigen zu lassen, da beide nur verschiedene Wege zur Erreichung der gesamtstaatlichen Ziele seien. Die Ansprüche auf verbilligten Strombesitz der Gemeinden seien im Laufe der Zeit immer größer geworden. Zuerst hätten die Gemeinden den Strom nur für den eigenen Bedarf verlangt, jetzt wollten sie aber als Zwischenverläufer auch Handel mit dem Strom treiben. Die Gemeinden seien nicht in der Lage, auch nur einen bestimmten Anteil des Stromes zu verwerten, da die Kraftwerke ständigen und nicht ständigen Strom liefern würden, der nur in einem weiten Gebiete umfänglichen Versorgungsnetzes Verwendung finden könnte. Aus diesen Gründen könnte man den Wunsch der Gemeinden auf verbilligten Strombesitz nicht erfüllen. Dasselbe gelte auch für die Beteiligung der Gemeinden am Aktienkapital, da hiermit Lasten verbunden seien. Einen Einfluß auf die Geschäftsführung der Unternehmen würden die Gemeinden mit der beabsichtigten Beteiligung von 1 Million Mark nicht erhalten, da sie mit einem solchen Betrag nicht einmal Anspruch auf ein Aufsichtsratsmitglied hätten.

Der Berichterstatter Abg. Gündert (D. Vpt.) bemerkte zu der Frage, ob der Landtag auf die Konzessionserteilung einwirken könne und solle, daß gemäß § 58 der Vollzugsordnung zum Wasserrecht des Ministeriums des Innern die Bedingungen demnach zu geben habe, unter denen der Bezirksrat über die Konzessionserteilung entscheiden dürfe, und dieser an die Bedingungen gebunden sei. Die Frage, ob die Staatsverwaltung zu gleicher Zeit als Wirtschaftsunternehmer und als letzte Instanz für die Entscheidung der Verwaltungsfragen in Betracht kommen könne, sei zum mindesten de lege ferenda als Problem für die zukünftige Gesetzgebung nicht abgeschlossen. Diese Frage bedürfe noch weiterer Behandlung, nachdem der Staat sich auf dem privatwirtschaftlichen Weg betätige. Eine bevorzugte Stellung einzelner Gemeinden sei schwer möglich, nachdem der Staat die Versorgung des ganzen Landes einheitlich in die Hand genommen habe. Der Grundlag gleichmäßiger Preise für das ganze Land sei zu billigen. Den Gemeinden am Oberheimatkreise aber die Regelung in früheren Konzessionsverträgen vor, bei denen in der Nähe liegende Gemeinden das Recht auf verbilligten Strombesitz erhalten hätten. Man sollte deshalb den Gemeinden zum mindesten für ihren öffentlichen Bedarf verbilligten Strom lassen.

Der Vertreter der Regierung führte hierzu aus, daß nicht zu erwarten sei, daß die schweizerische Regierung sich auf eine bevorzugte Behandlung der Gemeinden einlassen werde. Ein demokratischer Redner erklärte, es bestehe die Gefahr, daß ohne produktive Leistung ein Zwischengewinn entstehen könne, da die jetzigen Konzessionäre für Redingen und Dogern nicht die späteren Unternehmer und Geldgeber seien. Der Sprecher der Zentrumsfraktion erhob gegen die Ausführungen der Regierung scharfen Widerspruch. Die Gründe, warum die Regierung den Gemeinden die Beteiligung am Aktienkapital verweigere, seien nicht verständlich. Die Verbilligung des Stromes für Anliegergemeinden würde für das übrige Versorgungsgebiet keine Stromverwertung zur Folge haben. Da die Gemeinden arm, steuerlich überlastet und die Hausindustrien zusammengebrochen seien, sei Abänderung notwendig, wenn dort nicht Industrie erblühe. Deshalb sei eine empfehlende Ueberweisung des Gesuchs an die Regierung notwendig.

In längeren Ausführungen lehnte Finanzminister Dr. Köhler die Ueberlassung der Konzessionserteilung an den Bezirksrat und einen Verzicht der Mitwirkung des Ministeriums entschieden ab. Die Regierung wäre dann überhaupt nicht in der Lage, ihr durch das Gesetz festgelegtes Amt durchzuführen. Im übrigen wolle die Regierung nicht in Kampfstellung gegen die Gemeinden, sondern im Einvernehmen mit ihnen die Fragen lösen.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion stellte den Antrag, das Gesuch des Gemeindevorstandes Oberheimatkreise durch die Regierungserklärungen für erledigt zu erklären. Die Faltung des Zentrums, die durch politische und lokale Interessen bedingt sei, könne man nicht mitmachen. Die Einziehung der Gemeinden als Zwischenverläufer sei nicht möglich, da gerade die für diese Gebiete in Betracht kommende chemische Industrie mit Beihilfen von Pfennigen rechnen müsse. Die Sozialdemokratie könne dem Antrag des Zentrums nicht zustimmen.

In einer weiteren Erklärung stellte Finanzminister Dr. Köhler fest, daß er jede Verantwortung ablehnen müsse, wenn durch die Wünsche des Landtags Verhandlungen wegen des Kraftwerkes Schwarzwald neu notwendig würden. Die Regierung könne

auf die Wünsche der Gemeinden keine Rücksicht nehmen, wenn in diesem Jahre noch mit dem Bau begonnen werden sollte.

Hierauf erklärte ein Vertreter des Zentrums, daß bei dem Bezug verbilligten Stroms nicht der ganze Gemeindevorstand Oberheimatkreise, sondern nur die Anliegergemeinden in Frage kämen, während ein zweiter Sprecher des Zentrums den Standpunkt vertrat, daß man nichts machen dürfe, was die Gesamtlage erschwere, den Bau des Werkes Niederschwarzstadt verzögere und dadurch unsere Stellung gegenüber den Konkurrenten benachteilige. Das badische Land sei ein einheitliches Interessengebiet, was aber nicht die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse in tragbarem Ausmaße ausschließe. Er stellte dann den Antrag, das Gesuch des Gemeindevorstandes Oberheimatkreise der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Regierung wegen der Werke Dogern und Redingen in neue Verhandlungen mit den als Anlieger interessierten Gemeinden eintrete und den Wünschen soweit wie möglich entgegenkomme. (Einem sozialdemokratischen Abgeordneten wurde anscheinend die Sache zu dumm, so daß er unter Protest den Sitzungssaal verließ mit dem Bemerkens: „Eine solche Sache kann ich nicht mehr mit anhören!“) — Der Sprecher der kommunistischen Gruppe stimmte im wesentlichen dem Zentrumsantrag zu.

Der Berichterstatter, Abg. Gündert (D. Vpt.), stellte den Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch Verhandlungen mit den Stromlieferern bei den Kraftwerken Dogern und Redingen den Anliegergemeinden für ihren öffentlichen Bedarf Strom zu herabgesetzten Preisen zu beschaffen.

Ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung erklärte, die Regierung wende sich mit allen Kräften gegen den Eintritt eines Dritten in ihr Stromerzeugungsmonopol, weshalb sie gegen die Beteiligung der Gemeinden sei. Ein volksparteilicher Redner bezeichnete den Antrag des Zentrums als unklar und unbestimmt, da er weder besage, in welchem Ausmaße die Gemeinden verbilligten Strom bekommen, noch ob sie nun an dem Kapital der Gesellschaften beteiligt werden sollten. Von Niederschwarzstadt sei nicht mehr die Rede. Das Zentrum habe im wesentlichen zugunsten des Regierungsstandpunktes nachgegeben. Ein sozialdemokratischer Redner widersetzte sich der Beteiligung der Gemeinden an dem Aktienkapital, weil seine Partei gegen dessen Zersplitterung sei. Ein Kleinbesitzer von 25 v. H. des Aktienkapitals sei sehr viel einflußreicher, als wenn sich dieser Anteil in mehreren Händen befände. Bei der Entscheidung der Frage gemeindlicher oder staatlicher Beteiligung käme nur der Staat in Frage. Bei Rheinfeinden sei früher den Gemeinden das Recht zugesprochen worden, einen Teil des Aktienbesitzes zu übernehmen, ohne daß sie von diesem Recht Gebrauch gemacht hätten. Auch ein demokratischer Abgeordneter bezeichnete den Antrag des Zentrums als unklar; klar sei er nur in bezug auf den Rückzug des Zentrums in der Frage von Niederschwarzstadt.

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller bei Enthaltung der Demokraten abgelehnt, der Antrag des Zentrums bei Stimmenthaltung der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen und der Antrag des Berichterstatters durch die Annahme des Zentrums für erledigt erklärt.

### Badenanstalten.

Dann konnte der Ausschuss die Weiterberatung des Staatsvoranschlags des Ministeriums des Innern wieder aufnehmen, die bei Titel X fortgesetzt wurde. Für die Badenanstalten Baden, Badenweiler und für das Landesbad Dürheim werden im ordentlichen Etat 849 800 Reichsmark angefordert, und zwar im einzelnen 640 000, 124 800 und 85 000 Reichsmark. Die Anforderungen des außerordentlichen Etats belaufen sich auf insgesamt 254 200 Mark. Der gegenüber dem Vorjahre um 393 800 Reichsmark vermehrte ordentliche Ausgaben stehen um 219 000 Reichsmark erhöhte Einnahmen gegenüber. Der Berichterstatter machte Ausführungen über ein Gesuch der Wirtschaftsleiterin im Landesbad Baden-Baden am Höberstufung und beantragte Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme. Er verwies auf frühere Beratungen des Landtags, bei denen der Standpunkt vertreten worden sei, daß die Badenanstalten sich im wesentlichen selbst tragen müßten. Dies sei bei Baden-Baden im wesentlichen erreicht, während für Badenweiler noch ein größerer Zuschuß notwendig sei. Hinsichtlich der Ausgaben im außerordentlichen Etat müsse die Frage aufgeworfen werden, ob sie nicht durch Anleihen gedeckt werden sollten. Ein sozialdemokratischer Redner beschwerte sich über die Beiseitigung der alten Bäume in der Nähe der Ruine von Badenweiler. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei bemängelte die unzureichende Dotierung des außerordentlichen Etats, die nicht gestatte, die Bäder den modernen Anforderungen entsprechend umzubauen. Man müsse deshalb die Frage aufwerfen, ob man die Badenanstalten nicht in privatwirtschaftlicher Unternehmungsform zusammenfassen solle, um durch Anleihen die Gelder für einen rascheren Umbau zu beschaffen. Zu prüfen sei die Frage, den außerordentlichen Etat etwa auf Anleihe zu übernehmen. Ein weiterer volksparteilicher Redner stellte die Frage an die Regierung, aus welchem Grunde das Land Baden die Verwaltung des Erholungsheimes Annaberg übernommen habe, und bezeichnete es als notwendig, das Erholungsheim auch in Zukunft in erster Linie den Kriegsbeschädigten vorzubehalten unter den gleichen Aufnahmebedingungen wie bisher. Ein sozialdemokratischer Redner führte Beschwerde über untergeordnete Behandlung von Privatgästen und Kassenmitgliedern im Landesbade Baden-Baden.

Der Regierungsvorsteher erklärte, daß die Behandlung völlig gleich sein solle. Erholungsheim Annaberg sei übernommen worden, weil die Verwaltung habe zu wünschen übrig gelassen. Zeitweise sei es kaum noch von Kriegsbeschädigten besetzt gewesen. Nach wie vor müsse das Reichsarbeitsministerium das Erholungsheim finanziell unterstützen. Durch Verbindung mit dem Staatsbesitz in Baden-Baden könne man, Annaberg ohne Zuschuß bewirtschaften zu können. Der Charakter Baden-Badens als Luxus- und Unterhaltungsbad könne für den Staat nicht maßgebend sein. Für Unterhaltung gelte seitens der Stadt genug, vom Standpunkt einer Bäderstadt aus diesseits zu viel, vor allem durch Autokennen und dergl. Der Gebante einer A.-G. für die Badenanstalten sei fallen gelassen worden.

In der Nachmittagsitzung wurden dann nach kurzer Aussprache über die Kosten einzelner Bauten bei den Badenanstalten der Titel im ordentlichen und außerordentlichen Etat genehmigt.

### Landeshebammenlehranstalt.

Für Titel XI werden insgesamt 435 400 RM. gegenüber bisher 274 100 RM. angefordert. Zu den Anforderungen erklärte Minister Kemmle, daß sich die Hoffnungen auf ein zushufoloses Arbeiten der Anstalt nicht erfüllt hätten, sondern noch ein größerer Zuschuß notwendig sei. Der Titel wurde ohne Aussprache genehmigt, ebenso die Anforderung für

### Bau-, Wohnungs- und Siebelungsweesen

in Titel XII, die sich im ordentlichen Etat auf 2000, gegenüber bisher 11 200 RM. und im außerordentlichen Etat auf 1 800 000 RM. belaufen.

Debattenlose Annahme fanden weiter die Forderungen für Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

in Titel XIII, in der Höhe von 290 000 RM. gegen bisher 133 900 RM. im ordentlichen Etat und von 3 796 000 RM. im außerordentlichen Etat.

### Gewerbe und Handel.

Für Titel XIV werden im ordentlichen Etat 247 500 RM. gegen 166 200 RM. und im außerordentlichen Etat 43 500 RM. angefordert. Von einem Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung wurden Bedenken gegen den Beitrag zum Aufwand des Badischen Verkehrsverbandes geäußert, da sich die in den verschiedenen Titeln vorkommenden Posten für Reklame summieren würden. Der Regierungsvorsteher erklärte, daß aus diesen Gründen auch der Beitrag zum Aufwand des Verkehrsverbandes in den außerordentlichen Etat eingestellt worden sei.

### Eichwesen.

Für Titel XV sieht der Voranschlag 232 300 gegenüber bisher 152 300 Reichsmark vor. Ein volksparteilicher Redner wünschte über die Vermehrung der Beamtenstellen von 23 auf 42 Beamte und über die Kostensteigerung von 118 000 Mark auf 232 000 Reichsmark seit dem Jahre 1914 Auskunft. Die Regierung verwies auf die inzwischen aufgetretene Reorganisation des ganzen Eichwesens und auf die Umstellung der Gemeindeämter in Staatsbesoldung. In der Frage der Gebühren wurde mitgeteilt, daß diese durch das Reich festgelegt würden.

### Bearbeitung der Landesstatistik.

Der ordentliche Etat sieht in Titel XVI Ausgaben in Höhe von 225 000 RM. gegenüber bisher 110 800 RM. und der außerordentliche Etat 90 000 RM. vor. Auf Anfrage teilte der Regierungsvorsteher mit, daß das Personal nicht zur Vergrößerung des statistischen Jahrbuches und zur regelmäßigen Herausgabe der statistischen Mitteilungen ausreiche. Die Bevölkerungs- und Betriebsstatistik vom letzten Jahre sei sehr weit fortgeschritten; das vorläufige Ergebnis der Bevölkerungs- und der Religionsstatistik sei bereits veröffentlicht, während Teilergänze der Betriebsstatistik laufend herausgegeben würden.

### Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Für Titel XVIII werden im ganzen 47 000 RM. gegenüber bisher 29 800 RM. angefordert. Von sozialdemokratischen Abgeordneten, unterstützt von dem demokratischen Redner, wurde die Einstufung des Direktors von Gruppe 10 nach Gruppe 11 gewünscht. Die Regierung erklärte hierzu, daß diese Höherstufung an der Besoldungsordnung scheitere. Von einem weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten wurde eine Höherstufung im jetzigen Augenblicke für verfrüht bezeichnet, während der Zentrums-Sprecher den Standpunkt vertrat, daß diese Frage nur in Verbindung mit den übrigen Einstufungsfragen geregelt werden könne. Gegenüber der demokratischen Kritik an der Beamtenvermehrung gegenüber 1914 bei der Gebäudeverversicherungsanstalt wurde von der Regierung mitgeteilt, daß diese durch eine andere Organisation der Durchführung der Geschäfte, der Uebernahme der Kassen-Geschäfte und durch die infolge der Inflation und ihrer Auswirkungen eingetretene Mehrarbeit gelommen sei.

### Der Fall Schaible.

Dann wandte sich der Haushaltsausschuss der Beratung des zurückgestellten Titels I — Ministerium — zu, für das 1 086 400 RM. gegenüber bisher 779 030 RM. angefordert werden. Im Zusammenhang damit trat der Ausschuss in eine allgemeine Aussprache ein. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter fragte nach dem derzeitigen Stande des Falles Schaible. Minister Kemmle teilte hierzu mit, daß die eingezogenen Erkundigungen und eingegangenen Mitteilungen derart seien, daß Staatsministerium und Innenministerium zu dem Ergebnis gekommen seien, daß kein Grund zu einer disziplinarischen Behandlung des Falles vorliege. Bis zu dessen endgültiger Erledigung solle man ihn nicht zum Ausgangspunkt von Erörterungen machen.

### Keine Femeermorde in Baden.

Von einem Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung wurde Auskunft über die Denkschrift des Ministeriums des Innern über die Femeermorde und die Gründe des Verbots von Vorträgen eines Priors aus Tirol über das Südtiroler Problem verlangt. Die erste Frage wurde von der Regierung dahin beantwortet, daß der Reichstagsuntersuchungsausschuss befragt sei, auch in den Ländern Erhebungen zu machen. Dadurch sei die badische Denkschrift veranlaßt worden. Baden hätte sich in der erfruchtlichen Lage befunden, den Berliner Stellen mitteilen zu können, daß Vorgänge wie in Preußen und Bayern in Baden nicht zu verzeichnen seien. Die zweite Frage beantwortete der Regierungsvorsteher dahin, daß in Freiburg und Karlsruhe der Versuch gemacht worden sei, in Studentenversammlungen über das politische Problem Südtirols zu sprechen. Der Rektor der Universität Heidelberg habe gegen einen solchen Vortrag in der Zeit, als er beabsichtigt gewesen sei, Bedenken gehabt und die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht. Diese habe sich dann an die badische Regierung gewandt. Die beiderseitige Aussprache habe ergeben, daß die badische Regierung den Standpunkt der Reichsregierung gebilligt habe. Zu einem Verbot von Versammlungen sei es nicht gekommen, da jeweils nach einer Aussprache auf die Abhaltung der Versammlung verzichtet worden sei.

### Die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Weiterhin wurde von dem Sprecher der Deutschen Volkspartei die Frage aufgeworfen, wie sich die badische Regierung und das Innenministerium zu der Frage der weiteren Vereinfachung der Staatsverwaltung stellen würden. Minister Kemmle führte hierzu aus, daß möglicherweise für die Reichsregierung die Notwendigkeit bestehe, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Baden habe sie in der Zeit des Beamtenabbaues im wesentlichen bereits mit Erfolg durchgeführt. Damit solle aber über die Behördenorganisation in Baden nicht das letzte Wort gesprochen sein, vor allem im Verhältnis von Staats- und Gemeindebehörden. Baden sei auf dem Gebiete der Staatsvereinfachung weiter als die Nachbarstaaten gegangen. Bayern habe gegen den Beamtenabbau gestritten. In Württemberg sei die Regierung darüber gestürzt und Hesse stehe vor der Notwendigkeit, einen Teil seiner Lehrer abzubauen. Im Reich würden noch sehr viele Angelegenheiten bei den Zentralbehörden erledigt werden, die an die unteren Stellen abgegeben werden könnten. Auch die badische Verwaltung sei bestrebt, diese Regelung durchzuführen; so sei dies auf einigen Gebieten, wie bei der Postzeit, geschehen.

Der Redner der Deutschen Volkspartei erklärte, daß die finanzielle Belastung auch in Baden so groß sei, daß die Vereinfachung der Verwaltung nach wie vor zu den dringenden inneren Aufgaben gehöre. Ein Unterschied gegenüber den anderen süddeutschen Staaten bestehe nicht, da die steuerliche Belastung in Baden nicht geringer sei. Die vier badischen Ministerien würden heute das Doppelte dessen vom Jahre 1914 kosten und 48 v. H. mehr Beamte als vor dem Kriege beschäftigen. An der Spitze der Stei-

**ATA** Henkel's Scheuerpulver  
in handlicher Streufaschli  
Sparsamste Verwendung!

Jadenkleider, Sportkostüme, Sommerkleider werden unter Garantie preisw. angefertigt. Bestenwerd. Kleider zur Selbstanfertigung auszuschnitten u. bis zur Anprobe gerichtet. Frau Walter, Kreuzstr. 17, Bad. Marktstraße.

**Druckarbeiten**  
werden rasch angefertigt in der Druckerei Ferd. Ziegler.

gerung des Verwaltungsapparates und der Kostenvermehrung...
Die Regierung bezeichnete einen Vergleich mit den anderen süddeutschen Staaten als unmöglich...

Der Vertreter der Regierung bezeichnete einen Vergleich mit den anderen süddeutschen Staaten als unmöglich...
Ein sozialdemokratischer Redner bestritt die gegenständliche Auflösung in den Ministerien...

Ein sozialdemokratischer Redner bestritt die gegenständliche Auflösung in den Ministerien...
Die Veranlassung hierzu habe zum Teil eine Ansprache zwischen einem Oberbürgermeister und einem Beamten im Ministerium...

Die Veranlassung hierzu habe zum Teil eine Ansprache zwischen einem Oberbürgermeister und einem Beamten im Ministerium...
Aufwendungen über den Luftverkehr.

Aufwendungen über den Luftverkehr.
Die Regierung erklärte hinsichtlich der Wünsche auf die Einbeziehung der Stadt Freiburg in den Luftverkehr...

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, Freiburg wie die übrigen Städte zu unterstützen...
Schließlich wurde für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Bezirksamt...

Seute vormittag wurde der Ausschuss über die Frage der Elektrifizierung der badischen Bahnen beraten...

Baden gegen die Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes.

Auf den Versuch der Reichsregierung, unter Umgehung des gesetzlichen Weges mit den Länderregierungen hinsichtlich der Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes eine Vereinbarung zu treffen...

1. Entsprechend ihrer bisherigen, mit der Auffassung des Landtags übereinstimmenden Stellungnahme hat die badische Regierung ihre Zustimmung zu einer Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes durch vertragliche Abmachungen zwischen Reich und Ländern verweigert...

Landesversammlung des badischen Krüppelfürsorgevereins.

Am Dienstag fand im Landeskrüppelheim in Heidelberg die Landesversammlung des badischen Krüppelfürsorgevereins unter Vorsitz von Landeskommissar Hebling statt...

Bruchsal, 29. April. (Kraftpostverbindung Speyer-Bruchsal.) Dieser Tage verhandeln die Oberpostdirektionen Karlsruhe und Speyer wegen einer durchgehenden Kraftpostverbindung...

Heidelberg, 29. April. (Wähliger Tod.) Der Bezirksrat Adam Schubarth nahm gestern nachmittag mit dem Heidelberger Bezirksratskollegium an einer Vorstellung des Badischen Landesfeuerwehrverbandes in der Alten Kaserne teil...

Heidelberg, 29. April. (Ein Feuerwehrführerkurs.) Auf dem Übungsgelände der alten Kaserne veranstaltete der Badische Landesfeuerwehrverband einen Führerkurs...

Landesfeuerwehrverband einen Führerkurs, der mehrere Tage umschloß. Zum Schluß des Kurses wurden zwei Vorträge gehalten, und zwar über „Lieberlandhilfe“ und „Feuermeldebewesen“...

Mannheim, 29. April. Der Bürgerausschuss stimmte dem Stadtratsbeschluss auf Genehmigung von 60 000 M aus Anlehensmitteln für die Legung einer Verbindungsleitung zwischen den Gaswerken Mannheim und Weinheim zur Belieferung der Stadt Weinheim mit Gas zu...

Bühl, 29. April. (Bismarckfeier auf dem Sand.) Nächsten Sonntag veranstaltet die alte Bismarckgemeinde vom Sand seit dem Krieg die erste Bismarckfeier mit Einweihung des kurz vor Kriegsausbruch errichteten Bismarckdenkmals...

Kandern, 29. April. (Ausführung in der Sprengstoffaffäre.) Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, den Täter der verübten Sprengstoffexplosion in dem 22-jährigen Arbeiter Brombacher von hier festzustellen...

Mheilsheim, 29. April. (Straßenraub.) Der Elektromonteur Bäg wurde beim Legen einer Leitung überfallen und ausgeraubt. Man fand ihn bewußtlos vor.

Wienheim bei Waldshut, 29. April. (Bürgermeistererziehung.) Des Ministerium hat den Bürgermeisterstellvertreter Josef Schneider für ein Jahr als Bürgermeister eingekerkert, da die Gemeinde bei den verschiedenen Wahlen zu keiner Einigung gekommen war...

Donauschingen, 29. April. (Kurtage.) Der Bürgerausschuss genehmigte anstelle der ab 1. Oktober 1925 in Wegfall gekommenen Fremdensteuer die Erhebung einer Kurtage...

Konstanz, 29. April. (Straßenbahnertrag.) Im Stadtgebiet Konstanz sind erhebliche Entfernungen zurückzulegen. Die Schaffung von Straßenbahnlinien kommt aber zunächst nicht in Frage.

Dagegen sollen innerhalb der Gemartung Kraftwagenlinien für den öffentlichen Verkehr geschaffen werden. Es ist beabsichtigt, mit zwei Wagen und einem Kesperwagen vorläufig die Linie von der Schweizer Grenze beim Kreuzlinger und beim Emmishofener Zoll nach Allmannsdorf mit einer Seitenlinie von der Eichhornstraße nach Waldhaus Jakob zu betreiben...

Gerichtszeitung.

Heidelberg, 28. April. (Berufungsfrage.) Die Große Strafkammer sprach gestern in der Berufungsfrage die Kaufleute Gustav Adolf Nonnenmacher und Ludwig A. Roman aus Ladenburg frei. Die Angeklagten, die Stiefbrüder sind, hatten im Jahre 1924 in Ladenburg ein Geschäft gegründet zum Ankauf und Wiederverkauf gebrauchter Kraftfahrzeuge...

Vörrach, 29. April. (Sühne für die Schläger in Weil.) Gestern stand hier die Sühnezeit von uns gemeldete Schläger im Zentralhotel Weil-Neopoldshöhe zur Verhandlung. Dort hatten bekanntlich sechs Burden aus Vörrach, die betrunken aus dem Saal zurückkehrten, bereits auf der Straße verschiedentlich versucht, Schlägerien anzuknüpfen...

Seide u. alle Besatzartikel färbt und reinigt Färberei Prinz A.-G. Annahmestellen überall. Telefon 4507 und 4508

Zur Ausführung elektr. Licht-, Kraft-, Klingel-, Telefon-Anlagen sowie Reparaturen empfehlen sich Grund & Oehmichen Waldstraße 26. Telefon 520

Veit Groh & Sohn Feine Herrenschneiderei Kaiserstr. 193/95. Telefon 3009.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenlabris Karlsruhe i. B. 4029 Kaiserstraße 125 Inh.: W. Bertsch zwischen Wald- u. Karlsru.

Frau P. Bosch einf. u. elegante Maßschneiderei Telkenstr. 3 III. Tel. 5438.

Puppenklinik Alois Kappes Kaiserstr. 86 Telefon 1720 Damen- und Herrenfriseursalon

Nehmen Sie nur das Beste! Günstige Einkaufsquelle in D's Rümpfen in Mao, S'lor u. waschb. Dauerselbe, ferner K'Schöcke u. Hainstrampfe in versch. Ausführungen...

Möbelfabrik Gebr. Klein Karlsruhe Fabrik: Ruppurrerstr. 14 Lager: Durlacherstr. 97. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften

Badisches Landes-Theater SPIELPLAN Spielplan für die Zeit vom 1. bis 11. Mai 1926. Samstag, 1. Mai. \* B 24. Th.-Gem. 2. S.-Or.: Zweimal Elver. 7 1/2 - u. 10. (5.20 M.)

Uebel & Lechleiter Pianoflügel Katalog kostenfrei. Alleinige Vertretung in Karlsruhe. H. Maurer, Kaiserstr. 176, Eckhaus Hirschstr.

Dauerwäsche keinen Fehlgriff. Sie bekommen solche neben allen anderen Herrenmode-Artikeln am vorteilhaftesten bei Andr. Weinig jr. Karlsruhe Kaiserstr. 40

Bad. Konservatorium für Musik, Karlsruhe Vollständige Ausbildung in allen Fächern der Tonkunst. Bad. Orgelschule unter persönlicher Leitung d. Dir.-kors Franz Hühpp. Eintritt jederzeit.

KUNSTHANDLUNG MOOS Kaiserstr. 187 Telefon 994 Größte Auswahl in Radrungen und gerahmten Bildern als passende Geschenke

Jos. Meeß am Ludwigsplatz. Blecherei u. Installations für Gas u. Wasser Reparaturen werden fachmännisch ausgeführt.

Fotografie Samson Passage 7 Telefon 547 Moderne Lichtbilder zu billigsten Preisen. Sonntags von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

Kaufen Sie bei RIFFEL am Ludwigsplatz KARLSRUHE

Klavierauszüge und Texte zu den Opern: „Siegfried“, „Der Postillon von Lonjumeau“, „Figaros Hochzeit“, „Oberon“ u. zu dem Musikmärchen „Die Königskinder“ bei Franz Tafel, Musikalienhandlg., Kaiserstr., Ecke Lammstr.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 30. April 1926.

Der Neubau eines städtischen Altersheims.

Unter den Bauprojekten, die für die Zukunft von der Stadtverwaltung in Aussicht genommen sind, befindet sich auch die Erstellung eines neuen städtischen Altersheims. In verschiedenen Sitzungen des Stadtparlaments wurde schon darauf hingewiesen, daß das jetzige Altersheim in keiner Weise mehr den Anforderungen entspricht, die man heute an ein derartiges Institut stellen muß.

Wann ist die Polizeistunde überschritten? Ein interessantes Urteil fällt dieser Tage die Kleine Strafkammer in Siegen als Berufungsinstanz. Mehrere Personen, die vor dem Amtsgericht wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zu je einer Geldstrafe verurteilt worden waren, wurde von der Kleinen Strafkammer in Siegen auf ihre Berufung hin freigesprochen.

Widerstand gegen die Staatsgewalt. — Verurteilte Gefangenen-Befreiung. Ein in der Palanestraße wohnhafter Zementeur hatte einen Strafzettel erhalten mit 3 M Geldstrafe. Wie üblich, trug dieser Zettel den Vermerk: An Stelle der Geldstrafe tritt im Falle der Unbeibringlichkeit ein Tag Haft.

Im Elefanten findet heute, Freitag, 30. April, für den während seines diesigen Gastspiels so beliebt gewordenen Direktor Pauli Deutsch ein großer Abend, und Abendsabend steht, zu welchem ein ganz besonders sorgfältig gestaltetes Programm zur Ausführung gelangt.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Die durchgegangene Kuh. Am Mittwoch vormittag 11 Uhr wurde eine Kuh nach dem Schlachthof transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden. Am Albtalbahnhof aber fiel offenbar die Meinung des ihr bediensteten Schächters in ihrer Seele auf, daß die Kuh klüger sei als ein jandgender Kuh wohnetrunder Schwein.

Rundfunkempfangsstörungen.

Dipl.-Ing Prof. K. Riemenschneider, Karlsruhe.

II. Störungen durch Lichtnetz und Tonfunkensender und Rückkoppler.

Im Zeitalter der Elektrizität gibt es in einer modernen Großstadt wohl kaum ein Haus, in dem nicht ein Anschluß an das Starkstromnetz vorhanden ist, zumindest aber ist das Nachbarhaus angeschlossen. Alle an das Lichtnetz angeschalteten Stromverbraucher können zu Störungen des Empfangs Anlaß werden, wenn die beim An- oder Abschalten auftretenden Strome, bzw. Spannungsänderungen genügend rasch vor sich gehen, daß stoßartige, hochfrequente Schwingungen entstehen.

Diese hochfrequenten Schwingungen — deren Wellenlänge von der Kapazität und Selbstinduktion der Stromverbraucher abhängt — entstehen beim Aus- und Einschalten dieser Verbraucher durch Lichtschalter. Daß sie beim Einschalten entstehen, erscheint ohne weiteres klar, da ja ein schwingungsfähiges Gebilde (Kapazität und Selbstinduktion) vorhanden ist, dem eine Spannung zugeführt wird.

Von diesen Störungen, die als Knackergeräusche bezeichnet sind, unterscheiden sich die, die von den Hausstrommotoren (Fräsen, Staubsauger, usw.) verursacht werden dadurch, daß sie als Töne wahrzunehmen sind. Das hat seinen Grund ganz einfach darin, daß durch den umlaufenden Kollektor ununterbrochen hochfrequente Schwingungen angestreift werden, die entsprechend der Umdrehungszahl häufig sind und somit im Bereich der hörbaren Frequenzen liegen.

Störungen, deren Schläger zum Glück in den Klassenzimmern waren. Das Erscheinen dieses neuen „Schülers“ rief natürlich ein allgemeines Gaudium hervor, und mancher stritten sich, ob die Kuh die Aufnahmeprüfung bestanden werde, oder nicht.

Voranzeigen der Veranstalter.

Im Elefanten findet heute, Freitag, 30. April, für den während seines diesigen Gastspiels so beliebt gewordenen Direktor Pauli Deutsch ein großer Abend, und Abendsabend steht, zu welchem ein ganz besonders sorgfältig gestaltetes Programm zur Ausführung gelangt.

Turnen \* Spiel \* Sport.

Admiral Kampold f. Kontre-Admiral von Kampold, der langjährige Vizepräsident des Automobil-Klub von Deutschland, ist am Mittwoch früh in Bad Nauheim infolge eines Herzschlags im Alter von 66 Jahren gestorben.

Die Mannheimer Mai-Pferdrennen. Der erste Tag der Frühjahrsrennen am Sonntag, den 2. Mai hat in fast allen Wettbewerbarten bei den Beteiligten schon in den Rennen viel Anklang gefunden.

tungen in alle Wohnungen. Parallelschalten eines Kondensators (0,25 M) zur Unterbrechungsstelle ist ein Mittel die Störungen zu halten.

An unangenehmer sind noch die Störungen durch Hochfrequenzgeräte, die ebenfalls an die Lichtleitungen angeschlossen werden; sie sind unangenehmer, weil es kein Mittel gibt, ihren Störungseinfluß zu unterbinden.

Schließlich sei noch erwähnt, daß es in Häusern mit Wechselstromleitungen oft nicht möglich ist, die Gas- oder Wasserleitungen als Erde zu benutzen, da in jedem Fall der Wechselstrom als Brummton gehört wird. Hier kann ein Gegengewicht ausreichende Abhilfe schaffen.

Bei diesen Störungen, wie man sie fast nennen könnte, kommen noch die Störungen durch Überwellen der großen Sender, die mit langen Wellen arbeiten. Diese Überwellen treten bei den Sendern auf, die ohne Zwischenkreis arbeiten, und sind sehr wohl in der Lage, den Rundfunkempfang ungünstig zu beeinflussen, zumal diese Überwellen sich bei ungedämpften Sendern verhältnismäßig stark ausbreiten.

Das Begrüßungsgrennen mag mit 25 Pferden ein stattliches Feld geben. Wir haben schon gute Leistungen von Mancho, Tschertschin, Herenprinz, Hilt Dir selbst, Perfect, Sanna Anna, Kambia und Polarfuchs, während Dagoberz durch seinen Fronturter Sieg ausgeschieden ist.

Im Neuwiesen-Rennen sind noch 37 Pferde startberechtigt, dabei eine selten gute Klasse. Songe d'Or gewann in Frankfurt gegen ein starkes Feld und „runner — up“ Moulin Vert kann hier an ihm Korbwange nehmen.

Der Luifenpark-Ausgleich zum Schluß des Tages sieht nach dem Döppenheim'schen Jonzo an der Spitze der Gewichte, ein Klaffenpferd, das hoffentlich zum ersten Mal die blaurote Jacke in Mannheim zum Start tragen wird.

An Qualität nichts zu wünschen übrig lassen die beiden Jagdrennen. Der Rheingold-Pokal kann von 25 Pferden bestritten werden, von denen Fabris, Komor, Contrabent, Matberg, Honob, Marotte, Die Zuversicht, die alten Kämpen Marx und Alfil, vor allem aber der populäre Tango hervorzuheben sind.

Die Erfindung und der Werdegang der Nähmaschine. Die Nähmaschinenfabrik „Pfaff“ in Acterksalutern, gegründet im Jahre 1862, führte am Mittwoch in der Ausstellung Reinlichkeit und Sittlichkeit einen Film, der das Werden einer Pfaff-Nähmaschine zeigt.

Advertisement for 'Eiernudeln gibts gar viele, doch die besten sind von Schule'. Includes an illustration of a woman rolling dough and the brand name 'Schule' in a large, stylized font.

Advertisement for 'MOTTEN' (moths) featuring a telephone number 2340 and contact information for Anton Springer at Ertelnerstr. 51.



Zeichnungseinladung

8%ige Anleihe der Stadt Mülheim/Ruhr

RM. 4000000.- vom Jahre 1926

1 Reichsmark = 1/2000 kg Feingold - reichsmündelsicher - rückzahlbar bis 1931 zu 103%, von dann ab innerhalb 20 Jahren zu pari.

Für die Anleihe, deren Erlös für die Fertigstellung des Schiffahrtsweges Mülheim-Rhein und des im Zusammenhang damit gebauten Wasserkraftwerkes bestimmt ist, haftet die Stadt mit ihrem gesamten Vermögen...

Die Anleihe ist im Deutschen Reich mündelsicher und wird ausgegeben in Inhaberschuldverschreibungen von RM. 2000, 1000, 500 und 200, die mit am 1. Mai und 1. November jeden Jahres fälligen Zinsscheinen ausgestattet sind.

Die Tilgung der Anleihe beginnt im Jahre 1931 mit jährlich 2,18% des ursprünglichen Anleihebetrages zuzüglich ersparter Zinsen...

Die Anleihe soll an der Berliner Börse zur Notiz gebracht werden. Die unterzeichneten Bankfirmen legen hiermit die oben bezeichneten RM. 4 000 000.- 8%ige reichsmündelsichere Anleihe der Stadt Mülheim an der Ruhr

- Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin, E. Heilmann, Breslau, Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp., Düsseldorf, nebst Filialen, Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf, Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt/Main, L. Behrens & Söhne, Hamburg, Straus & Co., Karlsruhe, J. H. Stein, Köln, Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, A.-G., Mannheim, nebst Filialen, Gust. Kaufmann D. Sohn, Mülheim an der Ruhr.

94 1/2%

ausgülig Stückzinsen vom 1. Mai 1926 bis zum Zahlungstage und Börsenumsatzsteuer. Zeichnungen mit mindestens sechsmonatlicher Sperrverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt.

Berlin, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Mannheim, im April 1926. Gebr. Arnhold, Hardy & Co. G. m. b. H., E. Heilmann, Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp., Landesbank der Rheinprovinz, Deutsche Effekten- & Wechselbank, L. Behrens & Söhne, J. H. Stein, Straus & Co., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Table with 2 columns: 'Männer' and 'Frauen', and 2 rows: 'vorm.' and 'nachm.' showing bath times for different days of the week.

Prachtvolle Sortenjen in neuesten deutschen Sorten und schönster Färbung (weiß, blau, rot) bei billigen Preisen finden Sie zur Zeit in der Gärtnerei Wilhelm Brehm

Trinid und Trimmungswolle. Besetzt Herr Dr. med. S. in 2. Hat mit Obermeper's Herba-Seife bei unermessl. Zeit prächtige Erfolge erzielt.

Ein gesunder Schlaf ist die beste Prädisposition für Gesundheit. Baldrian Baldrianwein. Baldrian ist der gefischteste Name für den echten Apotheker W. Müllerschen Baldrianwein.

Zwangsversteigerung. Freitag, den 30. April 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal...

Werblich. Tüchtige Damenfriseurin. Geb. Fräulein. Stütze. Witwe. Anfangsstelle. Mädchen. Fräulein.

Zwangsversteigerung. Samstag, 1. Mai, 9 1/2 und 11 1/2 Uhr beginnend. Versteigere ich Anwesenstraße 19 im Saal im Selbstversteigerung (Auktionsverkauf)...

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Wir vergeben. erteilt. Allein-Vertretung von eingeführten nachweislich besten höchst bewährten bringenden landwirtschaftl. Maschinen.

10 billige Schuhstage! Altschüler. Weisse Leinen-Damenhalbschuhe Gr. 36/37... früher M. 3.95, jetzt M. 1.95

Altschüler. Unübertroffen billige schwarze Damen-Halbschuhe... bis M. 9.50, jetzt M. 5.95. Unübertroffen billige braune Damen-Spangenschuhe... früher M. 9.50, jetzt M. 5.95

Stellengeluche. Männlich. Stellung. Suche auf Büro von trend etw. neuen Betriebe gegen Überlassung von Mk. 5000.

Werblich. Stenotypistin. Geb. Fräulein. Stütze. Witwe. Anfangsstelle. Mädchen. Fräulein.

Zwangsversteigerung. Samstag, 1. Mai, 9 1/2 und 11 1/2 Uhr beginnend. Versteigere ich Anwesenstraße 19 im Saal im Selbstversteigerung (Auktionsverkauf)...

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Wir vergeben. erteilt. Allein-Vertretung von eingeführten nachweislich besten höchst bewährten bringenden landwirtschaftl. Maschinen.

Wir vergeben. erteilt. Allein-Vertretung von eingeführten nachweislich besten höchst bewährten bringenden landwirtschaftl. Maschinen.

DANKSAGUNG. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme während der Krankheit und anlässlich des Todes des Herrn Oberrechnungsrat a. D. Heinrich Postweiler

Goldfarb's Herren-Maß-Anzüge sind vollkommen.

Amtliche Anzeigen. Gemeinde- und Kreissteuer-vorauszahlungen 1926.

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Die Bekämpfung der Schnakenplage im Sommer. Nach § 1 der ordnungsgemäßen Vorschrift vom 16. 6. 1911, veröffentlicht letzmal am 5. 5. 1925, sind die Grundbesitzer...

Deffentliche Versteigerung. Samstag, 1. Mai, 9 1/2 und 11 1/2 Uhr beginnend. Versteigere ich Anwesenstraße 19 im Saal im Selbstversteigerung (Auktionsverkauf)...

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Zwangsversteigerung. Freitag, den 30. April 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal...

Zwangsversteigerung. Samstag, 1. Mai, 9 1/2 und 11 1/2 Uhr beginnend. Versteigere ich Anwesenstraße 19 im Saal im Selbstversteigerung (Auktionsverkauf)...

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Zwangsversteigerung. Samstag, den 1. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofst. Kantenstraße 19 (Zrenpant) Versteigerung gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Zu vermieten. In einer bedeutenden Industrie- und Geschäftslage ist ein seit vielen Jahren bestehendes Möbelgeschäft mit schönem Laden, Werkstoff u. Wohnung zu vermieten.

Auto-Garage. In der Nähe der Hauptpost zu vermieten. Angebote unter Nr. 9413 an die Badische Presse.

Zimmer. Sehr gut möbl. Zimmer, elektr. Licht, 2 Zimmer, in schöner Lage, zu vermieten. Markstraße 22, 2. Etod., Unts. 39773

Zimmer. Sehr gut möbl. Zimmer, elektr. Licht, 2 Zimmer, in schöner Lage, zu vermieten. Markstraße 22, 2. Etod., Unts. 39773

Zimmer. Sehr gut möbl. Zimmer, elektr. Licht, 2 Zimmer, in schöner Lage, zu vermieten. Markstraße 22, 2. Etod., Unts. 39773

Zimmer. Sehr gut möbl. Zimmer, elektr. Licht, 2 Zimmer, in schöner Lage, zu vermieten. Markstraße 22, 2. Etod., Unts. 39773

